

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 886848 ppbn
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Heinz Putzrath verurteilt die Bonner Konzeption der Neuen Wache in Berlin: Keine Gedenkstätte für NS-Opfer.

Seite 1

Gerd Andres MdB weist die Regierungsvorschläge zur Pflegeversicherung zurück: SPD nicht bereit zum Verfassungsbruch.

Seite 2

Manfred Reimann MdB setzt sich mit den Folgen der Bonner Haushaltspolitik auseinander: Immer mehr Menschen in Not.

Seite 3

Cora-Seate Schaumann plädiert dafür, die Verjährungsfrist milderer DDR-Delikte nicht zu verlängern: Die Vergangenheit kann nicht im Gerichtssaal aufgearbeitet werden.

Seite 4

Birgit Küstner MdL fordert wirksame Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung: Verluste in Milliardenhöhe verhindern.

Seite 5

Rezension:

Margitta Terborg MdB stellt ein Buch über ihren Wahlkreis Nordenham vor: An Parteilgeschichten ist kein Mangel.

Seite 6

48. Jahrgang / 181

22. September 1993

Keine Gedenkstätte für NS-Opfer

Zur Bonner Konzeption der Neuen Wache in Berlin

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft (ehemals) verfolgter Sozialdemokraten (AVS)

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Neue Wache in Berlin - 1918/19 errichtet und 1931 als Ehrenmal für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen ausgestaltet - zum Volkstrauertag am 14. November 1993 als zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland einzuweihen.

Die Arbeitsgemeinschaft (ehemals) verfolgter Sozialdemokraten (AVS) protestiert schärfstens gegen diese Entscheidung, gegen das ihr vorausgegangene Verfahren, gegen die Pläne für die Inschrift und die Form der Gedenkstätte.

Die Bundesregierung hat ihre Beschlüsse für die zentrale Gedenkstätte selbstherrlich getroffen. Es hat weder eine angemessene Beratung im Bundestag stattgefunden, noch sind die Verbände der Betroffenen und die für die für Fragen der künstlerischen Gestaltung zuständigen Vereinigungen hinzugezogen und Vorschläge von Personen, die mit der Thematik bestens vertraut sind, beachtet worden.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Inschrift der zentralen Gedenkstätte "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" verzerrt und vernebelt die historischen Zusammenhänge. Denn die nationalsozialistische Diktatur ging zeitlich und ursächlich dem Krieg voraus, ihrem Terror fielen schon vor dem Krieg hundertausende von Menschen zum Opfer, und sie hat den Krieg ausgelöst.

Erwägungswert wäre dagegen die vom Historiker Reinhart Kosellek vorgeschlagene Inschrift, in der die Unterschiede des Sterbens gekennzeichnet werden: "Den Toten - gefallen, ermordet, vergast, umgekommen, vermisst." Doch sollte auch hier die Reihenfolge geändert werden: "Den Toten - ermordet, gefallen, vergast, umgekommen, vermisst."

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veränderten Umfang
an neuen und
Kreuztabelle



Schwere Bedenken richten wir gegen die Absicht, als zentrale Trauerfigur eine Vergrößerung der von Käthe Kollwitz geschaffenen Pieta in der Gedenkstätte aufzustellen. Diese Figur wird traditionsgemäß als ein christliches Symbol angesehen, auch wenn dies wahrscheinlich von der Künstlerin nicht beabsichtigt war. Zur Idee und zur Aufgabe einer vom Staat errichteten und von ihm betreuten Gedenkstätte steht es in krassam Widerspruch, sie im Geiste einer Religion zu gestalten. Vertreter des Zentralrats der Juden haben dann auch erklärt, daß sie sich dadurch faktisch aus der Gedenkstätte ausgeschlossen fühlen, kein Jude könnte dort beten. Nach dem deutschen Mord an sechs Millionen Juden über solche Äußerungen hinwegzugehen würde den Sinn einer "zentralen Gedenkstätte" ad absurdum führen und eine Schande für Deutschland bedeuten.

In Anbetracht der hier erwähnten Einwände, die von fast allen Verfolgtenverbänden und mit der Sache befaßten Einzelpersonen geteilt werden, fordert die Arbeitsgemeinschaft (ehemals) verfolgter Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, die Baumaßnahmen für die Gedenkstätte in der Neuen Wache sofort einzustellen und ihre Gestaltung erst nach eingehender öffentlicher Diskussion zu beginnen. Unabdingbar ist auch die Beteiligung der betroffenen Opferverbände und von fachlich sowie künstlerisch ausgewiesenen Gremien.

Sollte die Bundesregierung weiterhin alle Bedenken ignorieren, wird man im In- und Ausland darauf hinweisen müssen, daß es sich in der Neuen Wache lediglich um ein Denkmal für die Toten des Zweiten Weltkrieges handelt. Die Überlebenden der NS-Diktatur werden dann über eine andere zentrale Gedenkstätte nachdenken müssen.

(-/22. September 1993/rs/fr)

Koalitionsvorschläge verfassungswidrig

Die Pflegeversicherung darf nicht zu Lasten der Tarifautonomie gesichert werden

Von Gerd Andres MdB

**Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen (AfA)**

Nachdem die Einführung von Karenztagen vom Tisch ist, kommen CDU/CSU und FDP schon wieder mit einem verfassungswidrigen Vorschlag zur Finanzierung einer gesetzlichen Pflegeversicherung. Lohn- und Gehaltsabsenkungen an Feiertagen stellen einen fundamentalen Eingriff in die Tarifautonomie dar. Dies wird vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben. Die Regierungskoalition setzt mit solchen Vorschlägen überdies den sozialen Frieden leichtfertig aufs Spiel.

Nach wie vor gilt: Es muß über die Inhalte einer gesetzlichen Pflegeversicherung geredet werden. Wenn darüber Klarheit besteht, ist die Frage der Finanzierung zu beantworten und nicht umgekehrt. Für die SPD sind die inhaltlichen Vorschläge der Regierungskoalition für eine gesetzliche Pflegeversicherung nicht akzeptabel. Sollte der dürrtige Koalitionsewurf das letzte Wort sein, erübrigen sich weitere Gespräche. Mit ihrer bisherigen Weigerung, endlich in sachliche Verhandlungen mit der SPD über die Inhalte einer Pflegeversicherung einzutreten, die wirkliche Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und das Pflegepersonal bringt, verbaut die Koalition selbst den Weg zu einer vernünftigen Lösung. Für den Bestand eines abgewirtschafteten Regierungsbündnisses um jeden Preis setzt sie sich kaltschnäuzig über die berechtigten Interessen von Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und des Pflegepersonals hinweg.

(-/22. September 1993/rs/fr)

1.284 DM für alleinstehende Arbeitslose im Monat
Der Bonner Katastrophen-Haushalt treibt immer mehr Menschen in die Not

Von **Manfred Reimann MdB**
 Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nach der Beratung des Bundeshaushaltes 94 im Bundestag ist es nun amtlich. Die Bundesregierung will vor allem und zuerst bei den Sozialausgaben sparen und damit einseitig nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe belasten und schröpfen. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger vor allem auch in den neuen Ländern müssen Kürzungen hinnehmen, die für sie, die bereits am Existenzminimum leben, eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse bedeuten. Auch die CDU-Ministerpräsidenten der neuen Länder wie zum Beispiel Werner Münch in Sachsen-Anhalt, gestehen die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen ein, jedoch wollen auch sie das Sparpaket in dieser sozialen Schiefelage nicht dulden.

In Deutschland fehlen 5 Millionen Arbeitsplätze, die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst ständig, es fehlen Wohnungen für über 2 Millionen Menschen, und Obdachlosigkeit und Armut sind nicht mehr nur die Sache von einigen wenigen "gescheiterten Gestalten".

Der Bundesfinanzminister Theo Waigel führt geradezu euphorisch aus, die Bundesrepublik stehe zum Beispiel bei den Leistungen für die Arbeitslosen in Europa an dritter Stelle. Mit den Leistungen bei Krankheit und Arbeitsunfall läge Deutschland sogar auf dem zweiten Platz. Mit sozialem Kahlschlag hätte das alles, bei Einsparungen von nur 15 Milliarden, doch wirklich nichts zu tun. Doch die Maßnahmen gefährden letzten Endes den sozialen Frieden, weil sie auf Kosten derer gehen, die in diesem Staat sowieso schon an der Armutsgrenze leben oder aber gerade soeben sich und ihre Familie ernähren können. Sie machen die Armen noch ärmer. Nicht nur finanziell, sondern auch an Mut, Optimismus und der Zuversicht, daß man in der Politik versucht, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

800.000 Minderjährige auf Sozialhilfe angewiesen

So müssen alleinstehende Arbeitslose nach dem Plänen der Koalition bald von durchschnittlich 1.282 DM im Westen und 832 DM im Osten leben. Bei der Arbeitslosenhilfe, die noch dazu auf zwei Jahre begrenzt wird, sinkt das Geld zum Lebensunterhalt für diese Menschen auf nur noch 945 DM im Westen und 675 DM im Osten. Damit sind viele auf die Sozialhilfe angewiesen (spätestens nach zwei Jahren), die aber, und das ist eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, ebenfalls gesenkt werden soll. Schon heute erhalten diese Menschen als Alleinstehende im Schnitt nur 486 DM im Osten und 510 DM im Westen als monatlichen Lebensunterhalt. Jeder, der nur annähernd über die wirklichen Lebenshaltungskosten Bescheid weiß, muß erkennen, daß diese Summen niemals ausreichend sind. Schon heute müssen 800.000 Kinder und Jugendliche von der Sozialhilfe leben, und diese Zahl wird noch steigen.

Jugendkriminalität und Ausländerhaß haben eben auch gesellschaftliche Ursachen, und eine von diesen, nämlich Armut und dadurch Frustration, wird hiermit noch verstärkt. Die, die schon fast nichts mehr haben, sollen nun noch weniger bekommen, während denen, die viel haben, weiterhin zum Beispiel durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten von Restaurantessen und Luxuslimousinen, unnötigerweise Vorteile gewährt werden. Bei der Abschaffung solcher Vorteile könnte der Bundeskanzler eine Menge mehr Geld in seine leeren Kassen bringen. Eine weitere Maßnahme in diesem Rundumschlag gegen diesen Teil der Bevölkerung trifft die Bauarbeiter, von denen wegen der Streichung des Schlechtwettergeldes in Zukunft zigtausende während der Schlechtwetterperiode entlassen werden und damit in erheblich größerem Ausmaß der Bundesanstalt für Arbeit zur Last fallen.

Gerade in dieser Zeit, in der sich viele von "denen da oben" verschaukelt fühlen, wo man sich von dem Staat und seinen Institutionen abwendet, wo vor allem junge Menschen stark gefährdet sind, in das rechtsextramistische Lager abzurutschen und aus Frust gewalttätig zu werden, wird man mit solchen Maßnahmen diese Entwicklung noch beschleunigen und verstärken.

Die SPD hat die Alternativen benannt

Alternativen zu diesen Sparmaßnahmen in sozialer Schieflage gäbe es zahlreich, und die SPD hat schon viele davon zur Sprache gebracht. So, um nur einige Beispiele zu nennen, den Abbau der zahlreichen steuerlichen Begünstigungen für Besserverdienende, die gerechte Anpassung des Kindergeldes, die Abschaffung des ungerechten Kinderfreibetrages, milliardenhoch hohe Einsparungen bei den Rüstungsausgaben und die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Die von der SPD mit der Koalition getroffene Vereinbarung, daß soziale Regelleistungen nicht gekürzt werden, ist mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes 1994 hinfällig und wird ad absurdum geführt. Die Regierung begeht damit erneut einen Wortbruch und versucht auf Kosten nur eines Teils der Bevölkerung, ihr durch totale Fehleinschätzungen und -entscheidungen hervorgerufenen Finanzdebakel zu verhindern. Die SPD will solche Ungerechtigkeiten nicht dulden. Sie bewiesen aber wieder aufs neue, daß die Regierungskoalition von der Psycho und den Lebensverhältnissen der betroffenen Bevölkerung offensichtlich keinen Schimmer hat und in dem Verhältnis, wie sie den einen in die Tasche greift, die anderen unbehelligt läßt. Ein Wechsel in der Führung Deutschlands wird nun nötiger denn je, bevor durch solche Maßnahmen Frustration und Ablehnung auch jene Bevölkerungsschichten durchdringt, die sich bisher zumindest neutral verhalten haben. Ansehen und die Glaubwürdigkeit dieses Staates und seiner Institutionen sind damit in Gefahr, dauerhaft beschädigt zu werden.

(-/22. September 1993/rs/tr)

Die Vergangenheit kann nicht im Gerichtssaal aufgearbeitet werden

**Ein Plädoyer, die Verjährungsfrist in der DDR begangener Delikte milderer
Strafandrohung nicht zu verlängern**

Von Cora-Beste Schaumann

**Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen
und Juristen (ASJ)**

Die Vergangenheit der DDR kann durch Strafverfolgungsbehörden und im Gerichtssaal mit den Mitteln des Strafrechts nicht aufgearbeitet werden.

Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den kleinen Helfern und Stützen des damaligen Systems und mit der Verantwortung aller, die zu irgendeiner Zeit antreibend, handelnd, dufdend, schweigend, wegsehend Unrecht Vorschub leisteten, sind notwendig.

Es ist verständlich, daß eine Verjährung dem Gerechtigkeitsempfinden der Opfer von Bespitzelung und Bedrohung widerspricht, die zum Teil das Ausmaß der sich aus den Stasiakten ergebenden persönlichen Repression noch nicht einmal klären konnten.

Man muß sich jedoch davor hüten, durch eine Fristverlängerung die Illusion zu wecken, es könnte oft Jahrzehnte nach der Begehung der Tat noch auf eine den Erwartungen der Opfer entsprechende Strafe erkannt werden. Rechtsfriede in der Gegenwart und Rechtssicherheit in der Zukunft werden durch diese Strafverfolgung nicht gefördert, die Rechtseinheit wird verzögert.

Die Strafjustiz der neuen Länder ist mit der Bewältigung der mittleren und schweren Kriminalität, nicht zuletzt der mit großen wirtschaftlichen Schäden behafteten Einigungskriminalität ohnehin überlastet. Die Bewältigung dieser Aufgaben ist gefährdet, wenn auf weitere Jahre die begrenzten Kräfte durch die Verfolgung minderschwerer vor geraumer Zeit in der ehemaligen DDR begangenen Straftaten gebunden werden.

Die Verjährung von Straftaten gehört zur unverzichtbaren Substanz rechtsstaatlicher Strafverfolgung. Sie schafft den Ausgleich zwischen der Schwere der Tat, der Dringlichkeit des staatlichen Strafanspruchs und der Aktualität des Sühnebedürfnisses.

Auch unter Berücksichtigung der besonderen Situation der erst im Aufbau befindlichen rechtsstaatlichen Justiz in den neuen Ländern darf von diesem Grundsatz nicht abgewichen werden.

Das hat die ASJ-Bundeskonzferenz mit großer Mehrheit beschlossen und damit vor der Annahme des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und auch der SPD gewarnt, durch den die Frist für die Verfolgung dieser Straftaten um drei Jahre verlängert werden soll.

(-/22. September 1993/rs/ft)

Gegen die illegale Beschäftigung wirksam vorgehen

Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein fordern Maßnahmen im Land und Bund

Von Birgit Küstner MdL

Durch Wirtschaftskriminalität in ihren vielfältigen Erscheinungsformen - dazu gehört auch die illegale Beschäftigung - entstehen der Öffentlichen Hand in der Bundesrepublik jährliche Verluste in Milliardenhöhe, von den Schäden für die Volkswirtschaft insgesamt ganz zu schweigen.

Die SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein hat mit einem Antrag initiiert, der Wirtschaftskriminalität im Bereich der Beschäftigung mit den Möglichkeiten, die dem Land Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen, wirksam zu begegnen. Um das Übel jedoch an der Wurzel zu packen, ist es dringend geboten, daß auch der Bund konsequent alle Instrumente ausschöpft, um energisch gegen Wirtschaftsstraftäter vorzugehen. Auf Landesebene soll Wirtschaftskriminellen Handlungen, wie illegaler Beschäftigung, durch strenge Vergaberegulungen bei öffentlichen Subventionen begegnen werden. Unternehmen, denen solche Delikte nachgewiesen werden, sollen künftig keinerlei öffentliche Zuschüsse mehr erhalten können und zur Rückzahlung verpflichtet werden.

Der DGB hat für 1991 mit 10.000 Arbeitsplätzen gerechnet; die durch illegale Beschäftigung verloren gingen, was zu Ausfällen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen von 240 Millionen Mark führte. Im Jahre 1992 haben die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit laut Mißbrauchsbericht der Bundesregierung 5.100 Fälle illegaler Arbeitnehmerüberlassung und fast 46.000 Fälle illegaler Ausländerbeschäftigung aufgedeckt. Dies sind allein die Zahlen der festgestellten Verstöße. Die Dunkelziffer ist nach Auffassung von Fachleuten noch um ein Vielfaches höher. Als besonderes Problem bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität im Bereich der Beschäftigung erweist sich zunehmend das Instrument der Werkverträge. Auch die von der Bundesregierung mit den osteuropäischen Staaten vereinbarten Werkvertragsabkommen müssen in diesem Zusammenhang kritisch diskutiert werden. Nur allzuoft wird nämlich illegale Arbeitnehmerüberlassung durch Scheinwerkverträge getarnt.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion drängt darauf, einhellig unterstützt von den Sozialpartnern, daß die Bundesregierung sobald wie möglich in Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten über eine Änderung der Werkvertragsabkommen eintritt. Ziel ist, daß die bisherigen Werkvertragskontingente abgeschafft werden und statt dessen Fachkräfte aus osteuropäischen Staaten eine individuelle Arbeitserlaubnis bis zu 18 Monaten erhalten. Die Zahl soll auf 100.000 so beschäftigter Gastarbeitnehmer begrenzt bleiben, also gegenüber der Zahl der bisher legal im Rahmen der Werkvertragskontingente beschäftigten Arbeitnehmer nicht verringert werden.

Mit Ihrem Antrag will die Kieler SPD-Landtagsfraktion erreichen, daß die landesspezifischen Möglichkeiten zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung bei der Vergabe öffentlicher Mittel ausgeschöpft werden. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Ihrer ganzen Vielschichtigkeit kann diese Initiative jedoch nur ein erster Schritt sein. Weitere Schritte müssen folgen. Zahlen über die Höhe der Schäden müssen auf den Tisch, die Landesregierung ist aufgefordert, im Bundesrat weiter gegen die Wirtschaftskriminalität Initiativ zu werden.

(-/22. September 1993/rs/fr)

REZENSION

An Parteigeschichten ist kein Mangel

100 Jahre SPD Nordenham - Geschichte & Geschichten. Von Egon Lutz und einem Team der Nordenhamer SPD, verstärkt durch Thomas Schröder, Bonn. 126 Seiten in Ganzleinen, DIN A4, mit vielen historischen Illustrationen. DM 20,00

An Parteigeschichte ist kein Mangel. Das wußten die Nordenhamer Genossinnen und Genossen, als sie sich an das ehrgeizige Projekt wagten, die Geschichte ihres, derzeit knapp 300 Mitglieder starken, Ortsvereins zu schreiben. Sie fanden in dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Egon Lutz, von Haus aus Journalist, einen Autor, legten sich selbst mächtig ins Zeug und hatten in Thomas Schröder, dem Bonner Mitarbeiter der Abgeordneten Margitta Terborg, ein weiteres As im Ärmel. Nach weit über 2.000 Arbeitsstunden liegt das Ergebnis - ein schmucker Band in rotem Leder - vor.

Es ist eine Parteigeschichte geworden, wie es sie so noch nicht gibt: Da werden die Geschehnisse aus dem Ortsvereinsleben Jahr für Jahr erzählt. Aber nicht nur das. Noch mehr Raum nimmt die Schilderung der Stadtgeschichte ein. Und diese Teile wieder werden ergänzt durch einen Überblick über die wesentlichsten politischen Ereignisse des jeweiligen Jahres und durch markante Berichte aus dem Geschehen der Bundespartei.

Dieser Band enthält 87 Geschichten aus der Nordenhamer SPD und 193 Beiträge zum Stadtgeschehen. Die Geschichte wird belegt durch 51 historische Fotos und Dokumente. In 298 Kurzdarstellungen wird die deutsche Innenpolitik und die Geschichte der Bundes-SPD kommentiert. Exakt 1.700 Daten erinnern an politische, kulturelle, technische, wissenschaftliche und sonstige Ereignisse in Deutschland und der Welt.

Eine markante Graphik sorgt für Übersichtlichkeit. Die Knappheit der Sprache für Lesbarkeit. Die Auswahl dafür, daß nicht ein staubtrockenes Geschichtswerk herauskam, sondern ein Band, in dem man immer wieder mit Interesse blättern wird.

Unbekümmert erzählen die Autoren die Nordenhamer Geschichte und unterschlagen auch nicht die Unterschlagungen eines Kassiers ihrer eigenen Partei oder die Konflikte auf Bundesebene. Bei den Geschichtsdaten geht es vom Streit des deutschen Kaisers mit dem Reichstag 1893 bis zur Wahl des US-Präsidenten Clinton 1992. Der Tod Marilyn Monroes oder des Ex-Bundespräsidenten Theodor Heuß ist ebenso verzeichnet wie das große Erdbeben von San Francisco oder der britische Postraub. Lückenlos werden die Namen aller deutschen Nobelpreisträger registriert.

Der Band zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Qualität in der Satz- und Bildherstellung, im Druck und in der buchbinderischen Weiterbearbeitung aus.

Margitta Terborg MdB